

legendären Erlaß seines Amtsvorgängers Hänisch aufzuheben; er braucht sich auch nicht die Mühe zu machen, neue Erlasse im Ministerkollegium durchzusetzen, die etwa durch ihre Tendenz seinen sozialdemokratischen Kollegen unangenehm auf die durch Gewohnheit schon abgestumpften Nerven fallen könnten. Nein, er braucht nur im Landtage bei der Vertretung seines Staatschöne Worte zu machen und im übrigen möglichst stillschweigend gelassen lassen, was die ihm untergeordneten Dienststellen in richtiger Erkenntnis der veränderten Situation für gut und zweckmäßig befinden werden.

Beweise für diese Behauptung aus der Praxis des Schul- und Lehrerbienens stehen reichlich zur Verfügung. So betonte — um nur ein Beispiel herauszugreifen — der Minister gelegentlich der Etatsberatung, daß die Zahl der Lehrer, die es ablehnen, Religionsunterricht zu erteilen, von 663 auf 623 gesunken sei, und er merkte diese Tatsache als einen Beweis dafür, daß die Lehrerschaft wieder mehr und mehr den Wert des Religionsunterrichts für ihre Erziehungsarbeit schätzen lernte. Wer nähere Fühlung mit Lehrerkreisen hat, der weiß es, daß die Gründe, die die Lehrerschaft zur Beibehaltung des Religionsunterrichts veranlassen, ganz andere sind. Zu all diesen bekannten Gründen ist nun aber, seit ein Volksparteiler Kultusminister ist, der neue hinzugekommen, daß sehr viele Lehrer, die den Religionsunterricht gern ablehnen möchten, nun nicht mehr das Vertrauen zu ihrer Behörde haben, daß sie dadurch nicht in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet oder gar bedroht werden. Ein anderes Beispiel: Die Lehrerschaft verdankt dem früheren Minister Hänisch die Einrichtung der Kreis- und Bezirkslehrerräte, mit denen zahlreiche Behörden seit ihrem Bestehen bis vor kurzem im besten Einvernehmen im Interesse der Schule und des Lehrerstandes zusammengearbeitet haben. Ist es nicht geradezu auffallend, daß gerade in letzter Zeit die Haltung mancher Bezirksregierungen dem Bezirkslehrerrat gegenüber eine ganz andere, eine ablehnende, ja eine unfreundliche geworden ist?

Noch eine Frage sei erwähnt, die besonders in letzter Zeit alle an der Schule interessierten Kreise lebhaft beschäftigt hat; das ist die Frage der Neugestaltung der Lehrerbildung. Wenn schon der Deutsche Lehrerverein über die Durchführung der in der Verfassung zugesicherten Neuordnung der Lehrerbildung in Sorge ist und in einer machtvollen Versammlung Protest erhoben hat gegen die „starken Kräfte“, die dieses Werk vor sich zu führen wollen, so haben wir, die wir diese Frage im wohlverstandenen Interesse des arbeitenden Volkes gerechtfertigt wissen wollen, alle Ursache, dem mit dem großen Mißtrauen entgegenzusehen, was das Ministerium Voelck in dieser Frage vorhat. Zwar erklärte der Minister kürzlich, daß die vom 1. April ab einzurichtenden Aufbauschulen keine verkappten Seminare werden sollten; wir können uns aber nicht eher überzeugen, daß die Lehrerbildungsfrage in befriedigendem Sinne gelöst werden wird, ehe man nicht bereit ist, diese Frage in Verbindung mit dem Problem der Einheitschule zu behandeln und zu lösen. Solange sich der Gedanke der Einheitschule nicht auch in den Kreisen der Regierungsparteien restlos durchgesetzt hat, solange werden wir damit zu rechnen haben, daß die Bildung der Volksschullehrer trotz aller scheinbaren Neuerungen eine Bildung zweiter Güte bleiben wird.

Wir sind aber der Meinung, daß für die Kinder des arbeitenden Volkes ein ebensogut vorgebildeter Lehrerstand nötig ist, wie für die Kinder der Besitzenden, die die höheren Schulen besuchen. Da aber ein Umschwung in der Stimmung der am Ältesten lebenden Kreise innerhalb der Regierungen und der Parlamente nicht sobald zu erwarten ist, wird es Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien sein, ihren Einfluß in dieser Richtung mehr und mehr zur Geltung zu bringen. Ob die Rechtssozialisten aber innerhalb der Koalition etwas Ersprießliches werden

leisten können, glauben wir stark bezweifeln zu müssen. Die Deutsche Volkspartei weiß jedenfalls, warum sie sich gerade dieses Ministerium gesichert hat. Wir haben nach dem Verlauf der Beratung des Etats des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung durchaus keine Veranlassung, dem von dem Vertreter der Demokraten — Kreislehrer Kimpel — geäußerten Wunsch, Herr Dr. Voelck möchte recht lange in seinem Amte bleiben, zuzustimmen.

Die Märtyrer von Lichterfelde

Die 50 Jünglinge von Lichterfelde sind gegenwärtig der Mittelpunkt einer lebhaften öffentlichen Debatte. In ihnen verkörpern sich die zukünftigen Staatsmänner — zum mindesten Landräte — eines von ihren angestrebten monarchistischen Neudeutschland, denn sie spielen die Rolle von Märtyrern ihrer und ihrer Erzeuger politischen Gesinnung. Der Dank des Vaterlandes in Gestalt eines neuen Postens an der eventuellen Futterkrippe ist ihnen sicher.

Aber wir werden mit solchen Randbemerkungen das Mißfallen der deutschvölksparteilichen „Zeit“ erregen. Dieses Blatt gefällt sich nämlich bei der Behandlung des Falles in der Rolle des Vertreters objektiver Gerechtigkeit gegenüber der „Demagogie von rechts und links“.

Davon muß zunächst des Humors wegen Notiz genommen werden, denn dieses Auftreten des Herrn Rippeler und seines Blattes erscheint uns dem einer komischen Art ähnlich. Auch dieser Komik fehlt es nicht an tieferer Bedeutung.

„Die „Zeit“ nimmt den Kultusminister gegen Angriffe von rechts in Schutz. Es war ihm zu Unrecht ein über-scharfes Vorgehen vorzuerwerfen, denn er habe die Gelegenheit mit der angebrachten sachlichen Entscheidung behandelt. Aber das Betragen der Primaner sei unerhört gewesen. Eine disziplinarische Behandlung der unbestrittenen wüsten Ausschreitungen“, schreibt das Blatt, „war selbstverständlich unbedingt notwendig.“ Und „daß man den Hauptschuldigen die Strafe nicht erlassen kann, ist nach den schweren Ausschreitungen, die vorgekommen sind, ebenso selbstverständlich“, fügt die „Zeit“ hinzu.

Das Blatt der Deutschen Volkspartei, der Väter jener Jünglinge, gibt also schwere Ausschreitungen zu. Die Erklärung für diese Ehrlichkeit, die bei den Stinnespolitikern auffallen muß, findet sich jedoch sofort. Das Blatt fährt fort:

„Damit kann jedoch der ganze Zwischenfall nicht sein Bewenden haben. Denn es ist ganz klar, daß die schweren Ausschreitungen, die in Lichterfelde vorgekommen sind, nicht nur das Schuldlos der Schüler belasten, sondern daß sie auch die Anstaltsleitung in Mitleidenschaft ziehen. Die Leitung der staatlichen Anstalt in Lichterfelde hat, wie der ganze Zwischenfall zeigt, vollkommen versagt, und auch daraus müssen unbedingt die Konsequenzen gezogen werden.“

Im Anschluß daran wird dargelegt, daß Haenisch die Anstalt von Anfang an falsch behandelt hätte und daß darin der ursächliche Grund für die Lockerung der Disziplin zu suchen sei. Darum:

„Erforderlich ist ein ganz neuer Aufbau der Leitung, und ohne gründliche Personalveränderungen wird sich eine solche Maßnahme nicht durchführen lassen. Es gehören selbstverständlich auch Persönlichkeiten, die sich dem Gehorsam eines vaterländischen Liebesopfers gegenüber demonstrieren absehend verhalten, nicht in eine solche Bildungsanstalt. Daß sich an einem solchen Borsal der ganze Konflikt entzündet konnte, ist ein unbestreitbares Symptom der inneren Hohlheit, an der die Anstalt in Lichterfelde bisher gelitten hat. Hier gilt es jetzt, frühere Fehler wieder auszumachen und in der Anstalt eine Reform an Haupt und Gliedern durchzuführen. Man kann mit Bestimmtheit erwarten, daß diese Reform in An-

griff genommen wird, und daß damit eine neue Entwicklung der Anstalt sich anbahnt, die über die Zwischenfälle der letzten Zeit hinweg zu einer gründlichen Besserung führt.“

Man will also der Leitung der Anstalt zu Leibe gehen. Das ist die tiefere Bedeutung der komischen Rolle der Demagogiebekämpfer von der „Zeit“. Und da dieses Blatt sicherlich gute Beziehungen zu Herrn Voelck hat, wird es wohl nicht zu Unrecht „mit Bestimmtheit erwarten, daß die Reform in Angriff genommen wird“ — die Reform, die sich hauptsächlich gegen die Personen des Lehrkörpers und der Anstaltsleitung richten wird, „die sich dem Gehorsam eines vaterländischen Liebesopfers gegenüber demonstrieren absehend verhalten“. Es gibt nämlich sozialistische und auch demokratische Lehrer in Lichterfelde, von denen die letzten als Schulreformer anrüchig sind! Und das gefällt den patriotischen Vätern der radautlustigen Jünglinge schon lange nicht.

Der Leiter der Anstalt, Geheimer Studentat Dr. Hartung, scheint übrigens zu ahnen, was gespielt werden soll. Er veröffentlicht in der „Vossischen Zeitung“ einen Artikel, der ganz deutlich den Zweck erkennen läßt, das Verhalten der Anstaltsleitung in diesem besonderen Falle und im Allgemeinen zu rechtfertigen. Das würde er sicherlich nicht für nötig halten, wenn er nicht wüßte, was der Anstalt bevorsteht.

Hat Herr Voelck etwa gar nur darum eine so strenge Haltung angenommen, um einen Anlaß zu der „Reform an Haupt und Gliedern“ zu schaffen, die das Blatt seiner Partei ankündigt?!

Internationale Fortschritte

In einem unter vorstehender Ueberschrift erschienenen Artikel gibt die Wiener Arbeiter-Zeitung einen Rück- und Ausblick auf die Entwicklung der Internationalen in den letzten Jahren. Der Artikel hebt die Verdienste hervor, welche sich insbesondere die Wiener Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien um den Wiederaufbau erworben hat und auf dessen Weg die Frankfurter Jänaländerkonferenz die bisher sichtbarste und bedeutungsvollste Etappe darstellt. Darüber heißt es in dem Artikel:

„Die Konferenz, die in Frankfurt vom 26. bis 27. Februar tagte, war eine gute Vorstufe und Vorarbeit für die allgemeine Konferenz. Nur die fünf Länder waren beteiligt, die durch das Versailler Friedensdiktat am unmittelbarsten getroffen sind: Deutschland, England, Frankreich, Italien und Belgien. Die Anhänger der Dritten Internationale waren der Einladung nicht gefolgt, da zur Zeit der Frankfurter Konferenz die Beratungen der Erweiterungs-Konferenz in Moskau, die die prinzipielle Entscheidung in der Frage der Einheitsfront bringen sollten, noch nicht abgeschlossen waren. Aber auch ohne die Kommunisten waren die Schattierungen in der Konferenz reichhaltig genug. Die Deutschen, von dem Mehrheitssozialisten Wels über den unabhängigen Lebour bis zu dem ehemaligen Kommunisten Lewi; neben dem ehemaligen Minister Vandenberg der unbegabte Bekämpfer der Kriegspolitik Serrati. Aber trotz dieser Mannigfaltigkeit war die Einigkeit auf einer gemeinsamen Plattform leichter zu erzielen, als man befeuerte. Das führte vor allem daher, daß die Tagesordnung von vornherein auf konkrete Probleme begrenzt war; man beschäftigte sich bloß mit den Fragen der Reparationen und der Entlassung und vertrieb es absichtlich, theoretische Streitfragen zur Diskussion zu stellen. Der Blick war auf praktische Arbeit gerichtet. Das wird auch der Weg sein müssen, auf den die allgemeine Konferenz fruchtbar werde. Denn so unabweichlich notwendig die theoretische Selbstverständigung der proletarischen Parteien über alle bitteren Erfahrungen der Kriegsjahre ist, so kann dies doch nur eine Aufgabe der Zukunft sein, bedarf es der Voraussetzung, daß man sich wieder neu kennen lernt, die verschiedenen Erfahrungen in dieser unglückseligen Zeit zusammenzufassen vermag. Dieser Trost der gemeinsamen Erkenntnis macht rasche Fortschritte, aber es wäre ein arger Verfall der Schwierigkeiten, wollte man annehmen, es wäre heute schon möglich, volle theoretische Einmütigkeit herzustellen. Demselben unterliegen sicher auch die Resolutionen, die die Frankfurter Jänaländerkonferenz beschlossen hat. Man hat kein prinzipielles Fundament, sondern formulierte praktische Forderungen.“

Arbeiter-Bücherei

Erscheint jeden zweiten Freitag

Märchenbücher

1. Ungarische Märchen

Um Märchen ist's eine wunderliche Sache. Die richtigen urprünglichen sind gar nichts anderes gewesen als Geschichten von Göttern, die man vermenschlichte, Geschichten von Tieren, Geschichten von Geistern, Geschichten von menschlichen Leiden, Freuden, Abenteuern, Anekdoten, Witze, Geschichten aus einer Zeit, wo Götter und Geister, Menschen und Tiere, Lebende und Tote noch nicht logisch getrennt und sauberlich rubriziert waren. Sie wuchern also überall, wo man sich noch nicht zur wissenschaftlichen Erkenntnis der Welt fortentwickelt hat. Das Kind sieht, erlebt, erzählt Märchen, der Vantu-Neger tut's, und auch der holsteinische Bauer hat es vor einem Menschenalter getan und die schönsten Märchen erzählt über den ollen Krib. — Ueber seine hochzollernschen Nachfolger sind keine Märchen erzählt, was vielleicht für den Fortschritt der Zeit zeugt, aber ganz gewiß nicht für ihre Volkstümlichkeit.

Der zivilisierte und nun gar der gebildete Europäer erzählt solche Märchen nicht mehr. Seine Märchen sind anderer Art und ermuhen aus einem anderen Bedürfnis. Da die alten, die urprünglichen Märchen die Grenzen des Möglichen und Unmöglichen, von Raum und Zeit, von Traum und Wirklichkeit nicht kennen, da sie alle Motivierung verschmähen, so haben sie eine Durchsichtigkeit und Gradlinigkeit, die sie zu reinen poetischen Zeichnungen machen. Treue im Unvollständigen! Wie schwer, wie langwierig darzustellen! Das Märchen legt dem treuen Diener drei Eisenreifen um sein Herz, die spritzen, als der verzauberte Herr erlöst ist. Treueste Liebe und tiefster Schmerz zeigt sich nicht in äußerer Gebärde: im Gleichmaß der beideren Annuit ist auch die tiefste Dinnabe beschlossen. Bela Balazs schreibt, um dies zu zeigen, das Märchen von der lächelnden Schwannenschweif („Sieben Märchen“ im Nikola-Verlag).

Warum? Er hatte etwas zu sagen, was ihn bewogte und erfüllte. Er hatte keine Zeit und keine Lust, seinen Gedanken oder seinem Gefühl einen wirklichen Körper zu geben. So vereinfacht er sich seine Aufgabe und bleibt beim Gleichnis, bei der hellen Verflüchtigung, beim Märchen. Ich bin viel zu froh über ein Gefühl, das mein Herz mitklingen läßt, um über die Einleitung zu rechten. Eine Arie kann mehr sein als eine Symphonie, ein Epigramm mehr als ein Heldenlied und Jesu-Gleichnisse gehen mir über den hochkonzentrierten Roman. Seien wir also dankbar auch für die verkürzten, vereinfachten, stilisierten Dramata. Seien wir dankbar für Kunstmärchen, wenn ein Dichter sie schreibt.

Bela Balazs ist ein Dichter und behandelt sein Instrument kein und geschickt. Ich könnte sagen: virtuoso. Aber das Wort hat einen häßlichen Beigeschmack und ich täte ihm daher unrecht. Wer ihn liebt, wird Freude daran haben. Am meisten

Freude freilich habe ich persönlich von dem einzigen wirklichen ungarischen Märchen gehabt, von dem gar nicht als ein solches bezeichnet, aber dieses Märchen erschien mir so ungarisch wie der gute Rotwein in der Heimat des „Heiligen Räubers“.

2. Märchen der Fingener

Das sind die wilden, grotesken Märchen der Neger, die ein Deutscher, Guntbert Gumann, an der Quelle erlitten hat, Geschichten, die nie vorher geschrieben wurden, die der betrauerte König dem Weisen für ein Taschmesser erzählte. Im südamerikanischen Lande, im spanischen Muni- und französischen Gubungebiet wurden sie erdacht und von Geschlecht zu Geschlecht weitervererbt: atomlos hören die Schwarzen, wenn der Häuptling oder der Wundermann vom Elefanten und Büffel, vom Affen und den Antilopen berichtet. Aber die Schildkröte, auf deren Rücken die kleinen Negerkinder tanzen, ist die wichtigste Märchenfigur, und aus ihrem Munde strömt Weltweisheit und Rauberromantik.

Leoparden und Antilopen führen arglistige Verrätereien, sind gespidt von Mord- und Raubgelüsten, lächeln und lächeln, bis der Schlaf die Augen des einen lenkt und der Wachende den Schlafenden erwürgt, um am nächsten Tag ihn aufzufressen. Tiere werden Menschen, haben deren Instinkte, deren Freundlichkeit, Häßlichkeit. Hinterlist. Heißhunger Luft strömt aus vielen Geschichten, ein fremder Duft quillt auf, es brodelt und gärt, sieht und anlockt.

Krembe Schönheiten, Märchen, den unseren entzückend, ohne die frille Innigkeit, ganz wild, oft verworren und verwirrt, aber in ihrer exzentrischen Art das Interesse des Lesers beanspruchend.

Es sind hier keine Geschichten für die Kinderstube, denn wie versteht das Kind und liebt das Kind die Verflorenheit und Grausamkeit seiner Vieklinge, der Tiere. Die Märchen der Fingener atmen die verachrende Sonnenhitze Afrikas. Man liebt sich in sie hinein, lauscht erst fremden Tönen, bis man sich mit ihnen vertraut gemacht, bis man die oansen mit den Tiere vor sich sieht mit Menschenfüßen und primitivem Verhalten.

Dann blättert man weiter, liest vom Felelind und Menschenind, hört, daß auch Neger eine Philosophie und oenitische Kulturen besitzen, und schließlich dankt man diesem König für sein Erzähler Talent.

Königs Erzählungen“ sind im Nikola-Verlag (Berlin W.) hübsch ausgestattet erschienen. Haben einen schönen großen Druck und der allem interessante Naturzeichnungen, die ohne Bezug auf die Märchen zu nehmen, den Leser in die Wälder Kameruns führen.

W. N. Hartlaub: Faust und Mephisto. Ein Versuch über die Möglichkeit neuer religiöser Kunst. Mit 76 Abbildungen. Kurt Wolff Verlag, München 1919.

„Aller echte Expressionismus wurzelt zum mindesten in „präreligiöser“ Grundstimmung, in dem Willen und Wunsch,

sich von einem Geistig-Göttlichen heranzuleiten und bestimmen zu lassen.“ — Es ist nicht das Verdienst von W. N. Hartlaub, diese religiöse Einstellung der neuen Kunst herausgefunden zu haben, es ist aber sein Verdienst, diesen Grundzug des Expressionismus näher begründet und ihn aus der Kunstentwicklung des 19. Jahrhunderts und im Zusammenhang mit den kulturellen Strömungen der Gegenwart in klarer Weise erläutert zu haben. Die ganze Kunst unserer Zeit, und so auch ihre präreligiöse Grundstimmung, ist trotz aller Verbindungslinien zu Impressionismus und Romantik doch ein gewaltiges Neues, ein neuer Anfang, eine solche Verlingung, daß sie sich nur durch einen inneren Zusammenhang mit den Klassenverhältnissen unserer Zeit erklären läßt. Zwar ist die neue Kunst nicht weniger als „populär“, wohl aber elementar, hemmungslos und jedenfalls durchaus salonunfähig. „Ein intelligenter Arbeiter wird einen Kolbe leichter würdigen als ein intelligenter Bürger“.

Mit dem Elementarwerden ist die neue Kunst in die Räte der Neger-, Eroten-, Bauern- und Kinderkunst, der Kunst der Ägypter und Babylonier, der Indier und Chinesen, der Mittelalter und des Barock getreten; und diese Kunstepochen sind durchaus religiös. Hartlaub glaubt zwar, in der Kunst unserer Zeit stehen zu müssen zwischen präreligiös und religiös, und er gibt das Prädicat „religiös“ nur denjenigen Bildern, die Gegenstände der frommen Verehrung behandeln und die nicht nur aus pantheistischer Weltanschauung, sondern aus innerer Beziehung des Künstlers zum religiösen Motiv herausgewachsen sind; aber — sollte jene präreligiöse Haltung, die aus vielen Werken der gegenständlichen und der subtilistischen Malerei hervortritt, nicht die heute ehrlicher Weise einig mögliche Religion sein? Zum mindesten wird der Proletarier, der mit allem Allen schroff achroden hat, so empfinden, und erst wenn er so das neue Religiöse rein im Stil und im Ausdruck erlebt hat, wird er es auch a. N. bei Kolbe finden trotz dessen Verwendungs biblischer Motive. Nur so kann doch ein Bild nur dann religiös sein, wenn es unsere Frömmigkeit inschließt, die sich nicht mehr auf Gegenstände, die man früher verehrte, sondern auf die lebende und noch Erfindung strebende Menschheit und auf das menschliche Geiste bezieht. Bezeichnen ist hierfür das Götterbild amerier Arbeiter vor einer expressionistischen Kreuzigungsgruppe: „Die kommt dieser Genosse nur dann, Selbstbildnis zu malen“, worauf der andere erwidert: „Das ist in der Tat sein Selbstbildnis, das ist in die lebende Menschheit oder das Götterbild des Proletariats.“

Die hier deutlich werdende Art der religiösen Einstellung unserer Zeit, die vorerst rein häßlich und menschenförmlich orientiert ist, wird von Hartlaub über nicht genau herabgeschätzt. Dieser Mangel des Buchs tritt besonders bei den Bildbeispielen, die fast nur nach dem Gesichtspunkt der Wiederholung eines religiösen Gegenstandes ausgewählt worden sind, zutage. Bei dem mittigen ersten Teil finden wir nach Hartlaub's eigener Bestimmung nur fünfzehn, während es doch schon eine dreißigstündige Dinnere enthalten, während es doch schon eine neue Kunstwerke gibt, die unsere Religion stärker symboli-

Vor der Konferenz von Genua

Italien trifft alle Vorbereitungen

London, 17. März.

Reuter meldet von amtlicher italienischer Seite, daß trotz der Tendenz von gewisser Seite, kaltes Wasser über die Genueser Konferenz zu gießen, die italienische Regierung die Vorbereitungen für diese internationale Zusammenkunft eifrig betreibt. Das Generalsekretariat ist jetzt von Rom nach Genua übersiedelt, und alles wird für die Eröffnung am 10. April bereit sein. Es ist endgültig festgelegt worden, daß der neue italienische Ministerpräsident de Facta den Vorsitz führen wird, und daß mit ihm zur Konferenz der italienische Außenminister, der Finanz- und der Handelsminister gehen werden. Nach der formellen Eröffnung am 10. April wird eine Anzahl von Ausschüssen gebildet werden die ihre Arbeit ununterbrochen aufnehmen, und dann der Konferenz Bericht erstatten werden.

Der Zeitpunkt (20. März) für den Beginn der Vorkonferenz der Sachverständigen in London bleibt, wie Reuter weiter erzählt, ebenfalls bestehen. Alle Sachverständigen von auswärts werden Sonntag in London erwartet. Die erste Zusammenkunft ist für 11.30 Uhr im Handelsamt festgesetzt. Auf dieser Konferenz werden die Finanzdelegierten über die Ergebnisse ihrer früheren Zusammenkünfte berichten, und die Fragen zur Kenntnis geben, die sie in Genua zur Erörterung vorbringen werden, und die Entscheidungen mitteilen, die sie einbringen wollen. Auf britischer Seite sind ebenfalls alle Vorbereitungen getroffen, damit die britische Mission in der ersten Aprilwoche abreisen kann, um zu dem Eröffnungstage in Genua einzutreffen.

Die Vorbereitungen in London

Paris, 16. März.

Der Direktor für Handelsangelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen Seydoux und die französischen Sachverständigen werden Paris am Sonnabend verlassen, um sich nach London zu begeben, wo am 20. März die vorbereitende technische Prüfung der auf die Tagesordnung der Genueser Konferenz zu sehenden Probleme beginnen soll. Die den französischen Sachverständigen gegebenen Weisungen werden genau im Sinne der Denkschrift Poincarés gehalten sein.

Teilnahme des Völkerbundes?

Paris, 16. März.

Der Völkerbundsrat wird demnächst in Paris zusammentreten, um sich mit der Teilnahme des Völkerbundes an der Genueser Konferenz zu beschäftigen.

Vorkonferenz der neutralen Staaten

Bern, 16. März.

Zu der Davos-Meldung aus Madrid, wonach die spanische Regierung von der Schweizerischen Regierung eine Einladung erhalten habe, in Bern mit anderen neutralen Staaten zu einer Konferenz zusammenzutreten zur Prüfung der Frage, ob eine Beteiligung an der Genueser Konferenz zweckmäßig sei, erzählt die Schweizerische Depesch-Agentur von ausländischer Stelle, daß diese Meldung ungenau ist. Eine Einladung der Schweiz zu einer Konferenz liegt keineswegs vor. Der Bundesrat ist allerdings der Ansicht, daß ein Gedankenaustausch unter den neutralen Ländern wünschenswert ist, und die spanische Regierung hat dieser Auffassung beigepflichtet. Das politische Departement wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen eine Mitteilung über diesen Gegenstand veröffentlichen. Die in Stockholm residierenden diplomatischen Vertreter der neutralen Staaten wurden andererseits von Ministerpräsident Branting auf nächsten Sonnabend zu einer ersten Vorbesprechung bezüglich der Genueser Konferenz eingeladen. An dieser Vorbesprechung werden

aufser Schweden, Norwegen und Dänemark auch Spanien, Holland und die Schweiz teilnehmen. Bei diesem Anlaß wird auch die Frage der Einberufung einer Vorkonferenz der Neutralen erörtert werden.

Die Reparationsanleihe Herabsetzung der deutschen Schuld

Paris, 16. März.

Der „Temps“ behandelt in seinem heutigen Leitartikel die Frage der deutschen Reparationsanleihe. Er erklärt, daß die Finanzkonvention vom 11. März 1922 das System der Gutscheine aufhebt. Die alliierten Regierungen sind aber auf das Anleiheproblem zurückgekommen. Der „Temps“ sagt weiter, daß, wenn man zu irgendeinem Finanzier von einer solchen Anleihe spreche, niemand davon etwas wissen wolle, da Deutschland gegenwärtig eine Schuld von 132 Milliarden hat. Dieser Standpunkt wird besonders von der Bank von England unterstützt, wahrscheinlich mit der Genehmigung des britischen Schatzamtes. Diese Stellungnahme der Bank von England hat Deutschland dazu veranlaßt, ein Memorandum zu verlangen. Man wird daher wohl erst eine Reduktion der deutschen Schuld fordern. Dies ist in dem Anleiheentwurf der englischen Regierung auch vorgesehen, indem nur 45 Milliarden zur Bezahlung veranschlagt sind, während der Rest durch die Aufhebung der alliierten Schulden ausgeglichen würde. Der „Temps“ fordert aber, daß diese Aufhebung der alliierten Schulden dem Anleiheprojekt vorausgehen müsse; wenn Amerika in dieser Beziehung einlenke, müsse aber England mit dem Beispiel vorangehen oder auch Frankreich könnte sofort sein Guthaben bei Italien in Obligationen der Serie C umwandeln. Um diese Geldverleiher sicherzustellen, spricht man von der Verpfändung der deutschen Zollereinnahmen. In diesem Falle aber hätten die Alliierten ihren Einfluß und im notwendigen Falle ihre Macht anzuwenden, um diesem Recht der Geldverleiher auch Achtung zu verschaffen.

Ein neuer Umsturz in Fiume

Rom, 17. März (Intel).

Gestern früh wurde in Fiume der Nationale Verteidigungsausschuss durch eine Verordnung des Militärrats für aufgelöst erklärt. Es heißt in der Verordnung, daß der Nationale Verteidigungsausschuss seine Aufgabe bereits erfüllt und der Militärrat die Macht wieder an sich genommen habe und die Regierungen der alliierten Mächte entgegenzuführen. Der Militärrat verhängte den Ausnahmezustand und gab dem Oberleutnant Cabrera besondere Vollmachten. Nach 10 Uhr abends ist jeder Verkehr auf den Straßen verboten. Dessenungeachtet müssen bereits um 9 Uhr abends schließen. Die Benutzung von Automobilen und Fahrrädern ist nur mit Genehmigung des Militärrats gestattet. Die Legionäre haben das Stadthaus und das Telegraphenamt mit Maschinengewehren besetzt. Die Absetzung des Nationalen Verteidigungsausschusses und die Übernahme der Macht durch den Militärrat vollzog sich in vollster Ruhe.

Ch. Mailand, 16. März.

Der Leutnant Cabrera, der gegenwärtig in Fiume die Macht an sich gerissen hat, bemüht sich, eine provisorische Regierung zu bilden, löst aber hierbei auf den Widerstand der Faschisten. Wie es heißt, hat er sich die Unterstützung eines ehemaligen Mitgliedes der Regierung Bonello und eines Nationalisten gesichert. Noch kam die Bildung eines Triumvirats nicht zustande.

Strenges Urteil gegen Verhelot. Poincaré gab dem französischen Ministerrat das Urteil gegen Philippe Verhelot bekannt, das aus Verletzung in den Zustand der Inaktivität auf

eine Dauer von zehn Jahren lautet. Dieses außerordentlich strenge Urteil hat in französischen politischen Kreisen allgemeines Aufsehen erregt, da nach den geltenden Bestimmungen die Möglichkeit bestand, diese Frist auf nur fünf Jahre zu beschränken.

Der Industriekonflikt in England

London, 17. März (Intel).

Die Vertreter der Gewerkschaften hatten gestern eine Besprechung mit Chamberlain, in deren Verlauf sie die Einsetzung eines Schiedsgerichts in der Frage der Aussperrung in der Metallindustrie verlangten. Chamberlain erklärte nach einer kurzen Rücksprache mit den übrigen Regierungsmittgliedern, daß die Regierung zu einer Intervention in den Konflikt im gegenwärtigen Augenblick außerstande sei, da sie Gefahr laufen würde, partiell genannt zu werden. Die Regierung werde das Ergebnis der Urabstimmung, die gegenwärtig unter den nichtqualifizierten Arbeitern vorgenommen wird, abwarten. Das bedeutet, daß vor dem 25. März ein Eingreifen der Regierung nicht zu erwarten ist.

Um die Beforderungsvorlage Dauerfixierung des Stadtparlamentes

Bei Eröffnung der Sitzung der Berliner Stadtverordneten am Donnerstag ehrte die Verlesung des Andenkens des verstorbenen Dr. Albert Leo v. Der Dringlichkeit zweier Anträge der SPD. wurde von den Berlinerischen widersprochen, und es wurden eine Reihe von Vorlagen ohne Debatte verabschiedet. Ueber die Magistratsvorlage bez. die Erteilung der Erlaubnis zur Vornahme privater Untersuchungen unter Benutzung von Einrichtung und Hilfsmitteln in den städtischen Krankenhäusern berichtigte Genosse Dr. Wenl. Die Verlesung erludete durch Beschluß den Magistrat um eine neue Vorlage, in der gewisse Richtlinien ihre Berücksichtigung finden sollen.

Hierauf wurde in die zweite Beratung über die Vorlage bez. Schaffung einer

Befeldungsordnung der Beamten und Festangestellten der Stadt Berlin und der Befeldung der III. Berliner Magistratsmitglieder

eingetreten.

Stadt v. Kunze (SPD.) gab den Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses. Durch die außerordentliche Unruhe der Herren Stadtväter, die sich in Gruppen und Gruppen begrüßen und unterhielten, konnten die Ausführungen des Ausschussberichtsleiters auf der Preistribüne nur bruchstückweise verstanden werden. Ein sonderbares Interesse, daß die bürgerliche Mehrheit der Vorlage entgegenbrachte. Der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer erzählten sich, nach ihren höchsten Gesichtern zu schließen, Anekdoten. Die Linke forderte durch wiederholte Zwischenrufe Ruhe. Herr Caspari, seines Zeichens Vorleser, glaubte, daß diese Zwischenrufe von der Tribüne kamen und drohte, die Tribüne räumen zu lassen. Es geht doch nichts über Schnell! Auf seinen Jertum aufmerksam gemacht, wollte er durch Verwarnung der Zwischenrufer seinen Fehler wieder gut machen. Dabei raffelte er mit der Linken zusammen, die lärmlich Ruhe zu schaffen forderte. Der Zwischenfall änderte nichts an dem unwürdigen Verhalten der stets so auf Würde pochenden bürgerlichen Mehrheit, die Herrschaften hielten weiter Kaffeeklatsch.

Zu den Beschlüssen des Ausschusses sind von den verschiedenen Fraktionen zahlreiche Änderungsanträge eingegangen.

Stadt v. Richter (DnA.): Angesichts der großen Anforderungen, die an die Beamten gestellt und von diesen in treuer Pflichterfüllung überwunden werden, haben die Beamten auch das Recht, daß man ihren Bedürfnissen und Wünschen soweit als möglich Rechnung trägt. Seltener Fraktion ersehne es sehr wünschenswert, daß es in der jetzigen Zeit im Interesse der Stadt und des Oberbürgermeisters selbst liege, eine große Dienstwohnung zu schaffen. Das sei eine spätere Sorge. Man sollte daher die Dienstwohnung aus der Befeldungsordnung herauslassen.

In demagogischer Form pouffierte alsdann Anknüpfung die Beamten. Er forderte die Befeldung der Beamten in Gold-

Stadt v. Lange (Z) sprach sein lebhaftes Bedauern aus, daß in die bisher rein sachlichen Verhandlungen durch die geradezu typische Propaganda und Heerde des Vorredners Unruhe in die Beamtenschaft hineingetragen werde (sehr lebhaft Zustimmung). Der Stadtverordnete Kunze habe mit seiner Rede bewiesen, daß er von den Verhandlungen des Ausschusses keine Ahnung habe. Der Ausschuss sei bei vielen Gruppen über das hinausgegangen, was er nach dem Sperrgesetz hätte tun dürfen.

Es entwickelte sich dann eine lange Geschäftsordnungsdebatte über einen vom Stadt v. Egnern (Vo.) eingeleiteten Antrag, mit Rücksicht auf einen von deutschnationaler Seite erstellten, anscheinend grundsätzlichen Antrag (durch die große Unruhe unverstänlich geblieben), die Sitzung auf eine halbe Stunde zu verlagern, um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, hierzu Stellung zu nehmen. Der Antrag von Egnern wurde schließlich abgelehnt.

Dann ging die Aussprache über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einzelner Befeldungsgruppen, über die als sozial bedingte Vorlage, die durch die parallele Vorlage im Reich und Staat bedingt sei, die Notwendigkeit eines Kampfes gegen das Sperrgesetz, die weitere Notwendigkeit einer Herabminderung der anfänglichen Erwartung in den 12 Gruppen auf ein Mindestmaß usw., noch lange Zeit weiter. An der Erörterung beteiligten sich noch die Stadtverordneten Jurck (Vo.), Dr. Lehmann (SPD.), Stadtsyndikus Parns, der dringend die Annahme der Beschlüsse des Ausschusses empfahl, da die Annahme der Änderungsanträge grundsätzlicher Natur bestimmt von der Aufsichtsstelle nicht genehmigt werden würden, ferner Genosse Schmidt (USP.), der die Stellung unserer Partei darlegte.

Er stellte einleitend fest, daß es unserer Fraktion im Gegensatz zu anderen Parteien, nicht darauf ankomme, sich um die Gunst bestimmter Beamtengruppen zu bewerben. Den Bürgern sei sowohl als auch den Reichssozialisten und Kommunisten hielt unter Rechner den Spiegel der Ausschussberatung vor. Das warme Herz für die Beamten entdeckten sie erst sehr spät, und ganz besonders erst im Plenum. Eine solche unehrliche Demonstrationspolitik lehne die USP. ab. Die Ausführungen unseres Redners waren verschiedenes Herren alles andere als annehmlich, und so verurteilten sie durch lebhaften Zwischenruf Genossen Schmidt das Konzept zu verderben. Damit machten sie aber außerordentlich schlechte Erfahrungen. Rühmel-Punkte, Franz Krüger und andere wurden ständig abgelehnt. Nachdem Genosse Schmidt unsere grundsätzliche Stellung bekräftigt hatte, übertrug er die Anträge unserer Fraktion. Er wandte sich gegen den Versuch einer unerschöpflichen Behauptung der Minoritäten und vor aus verletzlichen Kreisen stammenden Stadtväter. Das Gehör des Oberbürgermeisters lehne die USP. wegen ihres Haltens in der letzten Zeit ab. Rühmel müsse unsere Fraktion die Gehaltspositionen der früheren Bürgermeister, Gemeindevorsteher usw. abheben, für die ohne jede Genesung 61 Millionen an März verabschiedet seien.

Nach weiterer Debatte, die sich bis gegen 11 Uhr hinzieht, wurden die Befeldungsordnung der Beamten über die Befeldungsordnung in die einzelnen Befeldungsgruppen, sowie die Vorlage über die Befeldung der III. Berliner Magistratsmitglieder durch den Magistrat in der letzten Sitzung angenommen. Sozialistisch, Antiräte, die meisten der Befeldungen erstritten, verließen die Tribüne durch die bürgerliche Mehrheit. Schluß 12.15 Uhr nachs.

lieren, wenn auch ohne Behandlung eines religiösen Stoffes. Aber selbst in der Auswahl nach den Gesichtspunkten Darlaubs hätte Morgner, der sicher der stärkste religiöse Künstler unserer Zeit war, nicht vergessen werden dürfen.

Trotzdem hat das Buch einen bleibenden Wert nicht nur für die Zeitung der Gegenwart, sondern auch für das Verständnis der Vergangenheit, besonders des 19. Jahrhunderts und vor allem auch für die Vergegenwärtigung der mutmaßlichen Zukunftsentwicklung, für die Darlaub aus den zutage getretenen Gegenwärtigkeiten auf allen Gebieten in ganz ausgerechneter und durchaus richtiger Weise Möglichkeiten schaut. Besonders lichtvoll sind die Ausführungen über die Stile der einzelnen Kunstströmungen und die überall bis in das Tiefste hineinbringenden Würdungen der einzelnen Künstler. Das Buch wird so nicht nur für das Verständnis der religiösen Kunst, sondern auch als Einführung in Kunst und Geist unserer Zeit wertvolle Dienste leisten.

H. Hoffmann

Rafael Seligmann: Mensch und Welt. Versuch einer neuen Metaphysik auf erkenntnistheoretisch-psychologischer Grundlage. Weltverlag, Berlin 1921.

Die letzte bedeutende Metaphysik stammt von Bergson, den Seligmann im Rahmen dieser Auflage auch einmal mit Hochachtung und an der betreffenden Stelle nicht ganz mit Unrecht angreift. Aber Seligmann ist für einen Metaphysiker nicht tief, für einen Logiker nicht richtig genug. Vieles von dem, was er vorbringt, ist Philosophie mit ungenauen Begriffen; Rehmke, Nelson widerlegen ihn mehrfach schon in seinen Fragestellungen, ohne daß ich freilich sagen könnte, ob Seligmann, der ein Absonderliches Simmels zu sein scheint, diese kennt und ihre Gegenstände sich vorgelesen hat. Das Buch ist sauber geschrieben; man freut sich, daß Seligmann über den alten Versteil, noch mehr, daß er über den neuen, weit unbedeutenderen Versteil, Ernst Mach, hinaus ist; aber man ist entsetzt zu hören, daß alle menschlichen Bestrebungen das Prinzip der Lust als Richtschnur haben sollen, in dem Sinne, daß nichts Derartiges angestrebt werden darf, was den Charakter der Lust nicht vermindert. Was will nun Seligmann mit einer solchen Richtschnur anfangen, wenn er auf einer Insel mit vielen Menschen und zu wenig Lebensmitteln für diese die Lebensmitteldistribution bewerkstelligen soll? Nach seinem Prinzip kann er dann eine n Menschen ernähren und die anderen verderben lassen, mit der Begründung, daß so doch wenigstens einer Lust hat, während bei einer gerechten, nämlich gleichen Verteilung alle gleichmäßig in den Zustand der Unlust veretzt werden.

Seligmann Falkenfeld

Die sechsen erschienenen Nr. 10 des „Sozial“ enthält folgende Beiträge: Ein erster Schritt von Rub. Dreifeld; Genua und die Folgen von H. R. Prallker; Juden und Traber in Palästina von S. Kaplanitz; Müssen eines bayerlandischen Wesen von Arthur Crispian; USP. und Koalitionspolitik von Franz Künster; Wider den Vulgarmarginalismus von Gerhard Seger.

Luzia Heyn: Die Gartenarbeitschule. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau. 20 Pfennig.

Es bedurfte des weiterkämpfenden Völkerrückes, um eine so kleine Wirkung wie die der Entstehung der Gartenarbeitschule in Neudöln auszulösen. Gemüsegartenarbeit von Volksschülern als eines der vielen Mittel, die Folgen der Hungerkataste zu mildern, gab den Anstoß, die Beobachtung, die Heyn über den erheblichen Einfluß der Gartenarbeit an kleinen eigenen Kindern gemacht hatte, den pädagogischen Impuls. So entstand die Gartenarbeitschule als Ergänzung zum Schulunterricht im Schulhaus, als erster handgreiflicher Schritt auf dem Wege zur Produktionschule. Es spricht hier nicht ein Schulnotizist, sondern ein nüchtern-Realpolitiker, der auch den finanziellen Schwierigkeiten Rechnung trägt und mit Zahlen und Tatsachen an der Hand aufweist, mit wie kleinen Mitteln wahrhaft große Erfolge erzielt werden können. Ausführliche Stundenpläne der Gartenarbeitschule, in der 145 Volksschulen mit 2000 Kindern beschäftigt waren, Stoffeinstellungspläne und eingehende Lehrberichte und Illustrationen machen das Büchlein noch lesenswerter und reizen die Schulen zur Nachahmung. Es wäre unbedingt darauf zu dringen, daß alle Gemeinden Groß-Berlins bereits jetzt im Winter die Möglichkeit in Erwägung ziehen, im Frühjahr dem Beispiel Neudölns zu folgen. Den sozialistischen Abgeordneten sei dies besonders ans Herz gelegt.

L. R.

Passar-Cohn: Chemie in einer Stunde. Zellenbücherei. Ditz u. Weber, Leipzig. 1920. 6.50 Mark.

Es mag als ein Wagnis erscheinen, ein so umfangreiches Gebiet wie das der Chemie in „einer Stunde“ besprechen zu wollen, und nach unserem Empfinden ist dieses Wagnis auch kaum voll gelungen, trotzdem sich der als Popularisator bestbekannte Autor auf die Chemie der Steinkohlen, des Holzes, der Düngung und des Harnes beschränkt. Ein Mensch der gar nichts von Chemie weiß, wird von der systemlos dargestellten Fülle des Stoffes erdrückt und verwirrt werden, einem, der Vorkenntnisse besitzt, wird er ungenügend geben Chemie in einer Stunde kann nur feilheitlich behandelt werden, und für ein Feuilleton steht zuviel in dem Büchlein. Beschränkung des Stoffes oder weitere Ausgestaltung des Behandelten wäre notwendig gewesen, um ein Zwittemerz zu vermeiden. Ruh denn Chemie in einer Stunde verschlungen sein?

X. K. J.

Wichtige Neuerscheinungen

Ernst Robert Curtius: Der Schriftstellerschicksal. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau. 20 Pfennig.

Hans Leisler: Lebenshilfe Selbstporträt. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin. 72 Seiten. 20 Pf.

Freiheit - Jahrbuch für das arbeitende Volk 1922. Verlag Volkshilfe, Berlin.

Grundriss der Biologie. Fortschritt im Weltanschauungsamt. Mit 56 Abbildungen im Text und drei farbigen Tafeln. 241 Seiten. Groß. 8 Mk. 12 Pf. Verlag von Julius Springer, Berlin.

Johannes Hoffmann: Schule und Lehrer in der Reichsrepublik. 112 Seiten. Preis 10 Mk. Verlag J. B. W. Bach, Stuttgart. Buchhandlung Herder, Berlin.

Sozialpolitik: Sozialismus und Religion. Verlag Reichsverband der proletarischen Parteien Deutschlands, Dresden. 1. & 2.

Lebensnot in Berlin

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, welche schweren gesundheitlichen Gefahren für die Berliner Bevölkerung durch die seit 11 Wochen fast gänzlich eingestellte Müllabfuhr heraufbeschrieben werden. Eine Einigung zwischen dem streikenden Personal und der Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Grundbesitzer ist immer wieder durch das schamhafte Verhalten der in dieser Genossenschaft vereinigten Berliner Hausbesitzer hintertrieben worden. Sie geben sich noch immer der Hoffnung hin, daß es ihnen mit Hilfe der Behörden gelingen wird, die Front der Streikenden zu durchbrechen. Große Hoffnungen setzen sie dabei in die Hilfe der Stadtorganisation der Technischen Röhrlife. Obwohl diese aber seit bereits 14 Tagen tätig ist, kann von einer Abnahme des Mülls auf den Berliner Höfen, der sich dort schreckensvoll ausbreitet, nichts bemerkt werden. Auch der Versuch, durch andere Streikbrecher die Arbeit ausführen zu lassen, ist als gescheitert zu betrachten, weil für die schwere Arbeit nur ganz besonders kräftige und mit der Art der Tätigkeit vertraute Leute in Frage kommen. Trotz der völligen Unmöglichkeit, auf diese Weise endlich wieder eine gewisse Müllabfuhr herbeizuführen, geschieht von den Behörden nichts, um den unhygienischen Zuständen ein Ende zu bereiten. Die Folge davon ist, daß die Berliner Bevölkerung un'er der bei der fehlenden trockenen Bitterung auftretenden Staublauge außerordentlich leidet. Ebenso bilden die Müllhaufen nicht nur eine starke Förderung der Mottenplage, sondern auch eine Vagallendbrutstätte schlimmer Art.

Diese durch die Untätigkeit der Behörden mit verschuldeten Zustände werden in einer ganzen Anzahl von Berliner Häusern an den verschiedensten Stellen der Stadt noch vergrößert, weil in diesen mit der letzten Frostperiode an der Ver- und Entwässerung aufgetretenen Störungen nicht beseitigt wurden. Die Bewohner dieser Häuser sind verschiedenen gezwungen, ihren Wasserbedarf dauernd am Straßenspringbrunnen zu decken. Die Springbrunnen befinden sich oftmals in einem völlig unbrauchbaren Zustand. Wir berichteten über die buchstäblich zum Himmel stinkenden Zustände in Häusern in der Gartenstraße und in der Bödikerstraße. Heute wird uns ein ähnlicher Fall aus der Oststraße gemeldet.

Die Mieter des Hauses Oststraße 23 schreiben uns, daß sie infolge der Verwahrlosung des Hauses durch den 70 Jahre alten Verwalter seit geraumer Zeit in Bezug auf Unsauberkeit an so manchen gemüht worden sind. Daß die Zustände in dem Hause aber seit der Einleitung der Zwangsverwaltung im Januar d. J. bis zum Unerträglichsten sich verschlimmert haben. Der Zwangsverwalter sieht seine einzige Aufgabe in der regelmäßigen Einbringung der Mieten nebst Zuschlägen. Gas- und Wasserleitungen, die ungesetzer waren, sind erst nach 5 Wochen ausgetauscht worden. Die Wasseranlagen, die sich auf dem Hof befinden, sind in einem nicht gebrauchsfähigen Zustand. Die Hausbewohner sind verurteilt, ihre Bedürfnisse in den Wohnräumen zu verrichten. Die Exkremente werden auf den Hof gelassen und die großen Müllberge geschüttet. Dieser stinkt infolgedessen einen entsetzlichen Gestank aus und macht den Aufenthalt in den Wohnungen fast unmöglich. Abgesehen von diesen Zuständen sind auch andere Anlagen des Hauses derart beschädigt, daß die Bewohner derselben nur mit Mühe diesen Unfällen entgehen. Das Dach des Hauses ist völlig durchlöchert, die Bewohner des dritten Stockes sind gezwungen, bei Regenwetter während des schloßen Schirmes über dem Kopf aufzufauchen.

Die Mieter des Hauses haben aus den vorher erwähnten Gründen die Mietzahlung für Februar und März eingestellt. Der Zwangsverwalter beschließt nunmehr, gegen die Mieter die Räumungsklage einzurichten. Die Mieter hoffen, daß das Gericht dem geforderten Verlangen des Zwangsverwalters entspricht und sie zur Räumung der Wohnungen verurteilt. Sie gehen dabei von der Ansicht aus, daß die Räumung jeder anderen Wohnung, die durch das Wohnungsamt erfolgen muß, sich nicht in einem so menschenwürdigen Zustand befinden kann, wie die zur Zeit bewohnten.

Da aber nicht nur die Mieter des Hauses Oststraße 23 unmittelbar betroffen werden, sondern dieser Zustand eine Gefahr für die gesamte Bevölkerung der Umgebung bildet, muß verlangt werden, daß die Behörden, ohne sich um Zuständigkeitsfragen zu streiten, sofort das Erforderliche veranlassen, um diesen Zustand zu beseitigen.

Der neugebädene Hauswirt

Trotz allen Gejamers der Groß-Berliner Hauswirte gibt es neben den valuarischen Ausländern auch noch genug Inländer, die Hausgrundstücke kaufen. Es kommen hierbei etwa zwei Drittel Ausländer und ein Drittel Inländer in Betracht. Bei den Verkäufen an Inländer gehen die Grundstücke vorwiegend an Einzelpersonen, nur zu etwa einem Viertel an Gesellschaften über. Inländer, die ihr im Kriege und nach dem Kriege erwirtschaftetes Geld vor dem Zugriff des Staates in Sicherheit bringen wollen, da man ihnen nach ihrer Meinung die Steuerlasten nicht forttragen kann, kaufen fast immer ohne irgendwelchen besonderen Zwang, lediglich auf Spekulation, was leider die Mieteingangsämter so gut wie gar nicht berücksichtigen. Sie behandeln diese neugebädene Hauswirte und Hausbesitzer, die sich gewöhnlich als radikalsten Ausländerer der Mieter zeigen, genau so wie den wirklich leidenden kleinen Hausrentner, der, wenn er im betagten Alter keine andere Einnahmequelle hat, von den Hauseinnahmen selbstverständlich nicht mehr leben kann.

Während Ausländer mit Hilfe ihrer Valutagewinne große Summen anbieten und oft mehr als die Hälfte des Hauswertes, wie er am 1. Juli 1914 zu Buch stand, bar auszahlen, bringen Inländer vielfach mit lächerlich geringen Summen, genau wie in Friedenszeiten, ein Haus nominell in ihren Besitz. Sie wissen ja, daß sie einen Restbetrag an den hohen Hypothekenzinsen mit dem berücksichtigten 10 der Höchstmietenverordnung auf die Mieter abwälzen können, und lassen im übrigen lässe auf Freigabe der Wohnungswirtschaft, die es ihnen ermblichen soll, aus dem Spekulationskauf erst den richtigen Nutzen zu ziehen. Manche Inländer, die auf diese Weise in den letzten drei Jahren ein Haus kauften, haben aber mit hohem Aufschrei schon wieder an Ausländer verkauft oder sie lassen jetzt auf Kosten der Mieter das Haus instand setzen und wollen dann an Ausländer verkaufen. Auch das Reichsministerium hat diese Häuserverkäufe, unter denen die betroffenen Mieter schwer zu leiden haben, nicht genügend berücksichtigt.

Die Belastung des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs

Wie bereits kürzlich gemeldet, ist nur von der Einführung der elektrischen Zugförderung auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen eine wesentliche Verkehrsverbesserung zu erwarten. Der Stadtbahnbetrieb in seiner augenblicklichen Gestalt ist erheblicher Verbesserungen nicht mehr fähig. Seine Belastung ist zurzeit so stark, daß jede Steigerung unmöglich ist, auch dort, wo man bei den zuständigen Stellen von der Notwendigkeit seiner Verbesserung überzeugt ist. Für den Stadtbahnbetrieb sind die östlichen Vorortstrecken maßgebend, für die 22 Züge vorgesehen sind. Dieser Umfang ist notwendig mit Rücksicht auf die Belastung der Züge und auf die Förderung der Wohnkonzentration und der Volksgesundheit. Mit weiteren zwei Zügen für den Arbeiterverkehrsverkehr vom Nordring verkehren auf der Stadtbahn stündlich 24 Züge, was einer Auslastung von 2 1/2 Minuten entspricht. Der Ringbahnbetrieb wird während des Berufsverkehrs bis auf 16 Züge stündlich auf dem Nordring und auf 12 bzw. 10 Züge auf dem Südring ergänzt. Mit diesen Zugablen, die 2 1/2 bzw. 5- und 6-Minutenbetrieb bedingen, ist der Ring voll belastet. Gewisse Verbesserungen für den Verkehr

auf der Stadt- und Vorortbahn sollen durch Venten in Stroan, Hummelshagen und Reichshagen geschaffen werden. Erhebliche Verbesserungen werden aber nur durch Einführung des elektrischen Verkehrs möglich sein.

Aus dem Publikum wird unter dem Hinweis auf den Vorortverkehr nach Potsdam und auf die Hannseebahn immer wieder die Forderung erhoben, auch auf anderen Vorortstrecken schnellfahrende Züge einzurichten. Die Eisenbahndirektion sieht jedoch am dem Standpunkt, daß sich diese Forderung zurzeit nicht erfüllen läßt, da schnellfahrende Vorortzüge einmal den sonstigen Vorort- und Fernverkehr hemmen, und weil andererseits in den Zeiten des Berufsverkehrs die Fern- und Fernbahnstrecken nicht mehr ausnahmsfähig sind. Außerdem würden noch erhebliche Bauten zum Ueberbau von den Vorort- auf die Fernstrecken erforderlich sein. Der Zeitgewinn durch schnellfahrende Vorortzüge würde aber höchstens nur 10 bis 15 Minuten betragen. Immerhin soll diese Frage noch weiter eingehend geprüft werden.

Stadtbaurat und Magistrat

Ueber die Frage der Organisation des städtischen Werks hatte der Magistrat einen Entwurf ausgearbeitet, den die Stadtverordnetenversammlung einem Ausschuss zur Beratung überwies. Stadtbaurat Horten hatte in der Sitzung dieses Ausschusses als Vertreter des Magistrats zu sprechen. Der Stadtbaurat hatte zu gleicher Zeit auch einen eigenen Entwurf ausgearbeitet, da er sich als Organisator der städtischen Werke von der Stadtverordnetenversammlung getrennt glaubte. In der Sitzung nun sprach er nicht für die Vorlage des Magistrats, sondern für seinen eigenen Entwurf. Nachdem der Oberpräsident den Entwurf ge'ekelt hatte, verfiel er über Horten die Strafe des Bannes wegen nichtwiderlicher Handlung. Der Stadtbaurat legt darauf beim Oberverwaltungsgericht Klage ein, wurde jedoch nurmehr mit seiner Klage abgewiesen. Das Gericht ent'ied, daß der Magistrat ein einheitliches Kollegium und daß es einem Vertreter dieses Kollegiums nicht ge'attet sei, gegen die Entschlüssen des Magistrats Stellung zu nehmen.

Volkshochschule Groß-Berlin

Der Arbeitsplan für die nächste, am 20. April beginnende Lehrperiode ist heute erschienen. Er enthält die Ankündigung von überaus zahlreichen Kursen und Arbeitsgemeinschaften aus den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft, Technik, Kunst, Musik und Literatur. Auch Vorträge, Wanderungen und Museumsführungen sind vorgesehen. Die einzelnen Veranstaltungen verteilen sich auf eine große Reihe von Lehrstätten in allen Stadtteilen, ein Viertel, der angesichts der hohen Fahrpreife sicher nicht gering zu veranschlagen ist. Die Hörgelührer beträgt 1 Mark für eine Stunde, so daß die Vortragsreihe von acht Abenden zu 1 1/2 Stunden 12 Mark kostet. Vorträge und Arbeitspläne (kostenlos) sind außer in der Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin, Georgenstraße 34 35, in den Buchhandlungen „Vorwärts“ und „Freiheit“, sowie in der Volkshilfen-Buchhandlung erhältlich. Das große Vorlesungsverzeichnis kostet 1 M.

Der Troch wegen der Willkür erhebungen bei der Treuhandgesellschaft in Spandau, der die er Tage das Gericht heftigst hat, endete mit der Verurteilung von drei Leuten Anklagen. Es handelte sich um die Verkleidung von optischem Heeresgerät im Werte von ca. einer Million Mark. Das unter letzter Strafe als Unwurst aus dem Lager der Reichstreuhandgesellschaft in dem ehemaligen Feuerwerklaboratorium herausgeholt worden war und verhandelt werden sollte. Nach längerem Verhandlung erkannte die Strafkammer des Landgerichts III gegen die Hauptangeklagten Kinkel und Verlewig auf je ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, gegen acht Angeklagte auf je neun Monate, gegen drei Angeklagte auf je zwei Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Garmert Schröder auf Freisprechung.

Ein Brandstiftung in Berlin. Die bekannte schwedische Notar-Kreuzschule in Berlin, die sich durch ihre aufsehenerregende Fürsorge an den Kriegsgewunden aller Nationen in Evidenz besondere Verdienste erworben hat, ist in Berlin eingetroffen.

Die Jugenderziehung für Kriegsgewunden und Kriegshinterbliebene fällt seit dem 1. d. Mts. die Feuerungszuschüsse an Kriegs hinterbliebene, und zwar Kriegsgewunden, die im Bereiche des Bezirksamts Kreuzberg wohnen, diese Zuschüsse in doppelter Höhe und in der in der hollmannstr. 15, nachmittags 4-7 Uhr. Näheres siehe Anschläge.

Mißhandelt und beraubt. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr wurde der Re'aurateur Wilhelm Schmidt aus der Langestraße vor dem Hause Reppenrofe 13 durch den 29 Jahre alten Arbeiter Ernst Finke überfallen, mißhandelt und seiner Brieftasche mit 2000 M. Inhalt beraubt. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen eilten Schutzpolizisten herbei, die den Täter festnahmen.

Gewerkschaftliches

Der Ruf nach Einigkeit!

Forderungen des Beirats des Textilarbeiterverbandes.

Die letzte stiftungsbundene Sitzung des Beirats des Textilarbeiterverbandes, über die wir bereits summarisch berichtet haben, nahm verschiedene Resolutionen an, die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Forderungen erheben und weiter den Ruf nach Einigkeit der Arbeiterklasse ergießen lassen.

Eine Resolution fordert den Vorstand des DGB auf, intensiver als bisher die am 15. November 1921 ausgestellten zehn Forderungen: Rettung des Reiches an den Schwelgen, Sozialisierung des Kohlenbergbaus, Neuordnung der Verkehrsmittelunternehmen usw., vor der Öffentlichkeit zu propagieren und in ihren sozialistischen Parteien sowie den Regierungen gegenüber zu vertreten. Die Mitglieder des Bundesvorstandes werden aufgefordert, weniger das Interesse ihrer politischen Partei zu vertreten, sondern sich ausschließlich nur vom gewerkschaftlichen Interessenstandpunkt der Gesamtarbeiterklasse leiten zu lassen. Der Beirat fordert weiter die Arbeiterklasse auf, die Beendigung des Bruderkampfes im Interesse des proletarischen Kampfes und die sozialistischen Parteien in den Parlamenten zu veranlassen, die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zur Erzielung einheitlichen Handelns in die Wege zu leiten.

Weiter wandte sich der Beirat gegen den arbeitserfindlichen Geist der ganzen Sozialgesetzgebung und fordert die Zusammenschließung der vielen einzelnen Oligarchen zu einem großen einheitlichen Oligarchenwerk. Einmütig wurde die Schlichtungsordnung mit ihrem berühmten Paragraphen 55 sowie der Arbeitsvertragsgesetzgebung mit seinem ominösen Paragraphen 18, die eine Einschränkung des Streikrechts vorsehen, verurteilt. Energetischer Protest wird erhoben gegen die gesetzgeberische Willkür, Schabenerlass und Vorgesicht den Gewerkschaften auszuüben.

Der Beirat lehnt auch die Forderung der Textilindustriellen nach Einführung des Familienlohnes ab, erklärt, daß der Soziallohn notwendig zu einer Senkung des allgemeinen Lohnniveaus führt, und tritt für sozialgesetzgeberische Maßnahmen des Reiches ein, die zum Inhalt haben den Schutz und die Unterstützung der Familienvorsteher, wie Steuerbefreiungen, Schulförderungen, Schulleistungen, Schulbildung, Freifahrten, freie Lehrentgelte, Fürsorge mittels Kinderversicherung nach österreichischem Muster usw.

Diese konkreten Forderungen müßten sich alle Gewerkschaftler zu eigen machen und für deren Durchführung eintreten.

Die auch den gemeinsten Kampfbojen schollen auf dem sich die Arbeiterklasse finden wird nur so kann ein neuer Aufstieg auf der ganzen Linie vor sich gehen.

Delegiertensammlung des F.d.M.

Die am 14. März in den Muster-Bezirken stattgefundene außerordentliche Delegiertensammlung des F.d.M. nahm zu der vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Erhöhung der Beiträge Stellung. Es trübte erstattete den Bericht von den Sitzungen des Beirats. Die vorangehende Steigerung sämtlicher Unkosten hat dazu geführt, daß der Verband in diesem Jahre mit einem Defizit arbeitet. Der Hauptvorstand schlägt deshalb eine Erhöhung der Beiträge ab 1. April inkl. des Ortszuschlags von 15-45 M. in der höchsten Klasse pro Monat vor.

Von Seiten der Ortsverwaltung wurde bemängelt, daß diese Erhöhung nicht so rechtzeitig bekannt gegeben wurde, daß die Mitglieder selbst dazu Stellung nehmen können.

Nachdem in langer Debatte sich die Redner gegen eine Erhöhung der Beiträge, insbesondere gegen den vorliegenden Beschluß des Hauptvorstandes wandten, der eine so wichtige Frage unter Ausschluß der Mitglieder zu lösen glaubte, wurde der Antrag der Ortsverwaltung auf Erhöhung der Ortszuschläge angenommen, jedoch konnte der des Hauptvorstandes nicht zur Abstimmung gebracht werden, da die Mitglieder vorzeitig den Saal verließen.

Erhebung in der Landratsverwaltung

Nach der Mitteilung der Vereinigung der Gartenordnerinnen und Landratsgärtnerinnen sowie der Weigerung der Gruppe Berlin des Verbandes Feinscher Gartenbauvereine, Tarifabschlüsse zu tätigen, war die Arbeiterorganisation genötigt, mit den einzelnen Firmen Abmachungen zu treffen. Diese sind jetzt abgeschlossen bzw. fast abgeschlossen. Die mit den Arbeitgebern geführten Verhandlungen über die Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führten zu keiner vollständigen Einigung. Durch die im letzten Jahre zu verzeichnende ungünstige Konjunktur war die Arbeiterklasse gezwungen, sich mit geradezu erbärmlichen Löhnen abzufinden. Die Erhellung der Kollegenschaft ist außerordentlich stark. Man ist gewillt, die jetzt aufreißenden Forderungen, welche für die Landratsgärtnerinnen 13,00-18 Mark und für die Landratsgärtnerinnen 12,00 M. pro Stunde betragen, unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Falls nicht in letzter Stunde eine Veränderung erzielt wird, ist der Streik in beiden Branchen unausweichlich. Die Voraussetzungen für die Durchführung der Forderungen sind in diesem Jahre außerordentlich günstig. In der Kollegenschaft muß es liegen, die noch abseits Stehenden für die Bewegung zu gewinnen. In zwei Versammlungen, für die Landratsgärtnerinnen am Sonnabend, den 18. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus und für die Landratsgärtnerinnen am Sonntag, den 19. d. Mts., vorm. 9 1/2 Uhr, in Heroldsberg, sollen zu dem Streik ergütig Stellung genommen werden.

Beiratsversammlungen

Sonnabend, den 18. März

18. Ortsrat-Beirat (Tempelhof, Wannsee, Marienfelde, Lichterfelde) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

Jugendbewegung

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

Arbeiter-Sport

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

Vereinskalender

Freitag, den 17. März

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

18. Ortsrat-Beirat (Kreuzberg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg) 7 1/2 Uhr im 1. Stockwerk des Hotel „Berlin“ in der Tempelhofstraße 10. Die Beiratsmitglieder sollen sich rechtzeitig zum Versammlungsort einfinden.

100 Krankheitsfälle

verschiedenster Art behandelt die Schrift

Der kleine Samariter

mit einem Anhang: Anleitung zur Einrichtung einer Hausapotheke

Preis 1,50 Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin G2, Breite Straße 3-9